

Staat kontra Bürger

17.01.2021 | [Manfred Gburek](#)

Der Staat mag im Zuge der Corona-Pandemie so manches richtig gemacht haben. Doch darüber wird allzu leicht vergessen, dass ihm als Krisenmanager gravierende Fehler unterlaufen sind, die sich so auf den Punkt bringen lassen: Der Staat greift zulasten der Bürger allzu willkürlich in deren Privatsphäre ein und erklärt brisante Themen kurzerhand zum Tabu. Dabei fungiert sein föderales System mit 16 Bundesländern als Krisenbeschleuniger.

Wie kommen wir da raus? Erst mal gar nicht, weil Pläne zu diversen gesetzlichen Vorhaben wegen der Konzentration aufs Tagesgeschäft liegen bleiben. Das ist nicht nur bedauerlich, sondern auf lange Sicht sogar äußerst schädlich. Es lässt sich an einem Beispiel erklären, das aus der aktuellen "Wirtschaftswoche" stammt:

"Es gibt keinen effektiven Schutz in Alten- und Pflegeheimen, keine entschiedenen Regeln für Großraumbüros und für andere Arbeitsplätze sowie Reisen." (Zitat: Ludger Wößmann, Bildungsforscher des ifo-Instituts)

"Wößmann zufolge sind die Schäden durch die Schulschließungen enorm. Für den einzelnen Schüler müsse über das gesamte Berufsleben gerechnet im Durchschnitt mit einem um rund 3 Prozent geringeren Erwerbseinkommen gerechnet werden, wenn ein Drittel eines Schuljahres verloren gehe. Auch für die Volkswirtschaft insgesamt müsse Deutschland mit langfristigen Wachstumsverlusten rechnen, mit einer durchschnittlich um 1,5 Prozent niedrigeren Wirtschaftskraft bis zum Ende des Jahrhunderts. Das entspräche etwa 2,5 Billionen Euro", ergänzt die "Wirtschaftswoche". Zum Vergleich: Die aktuelle Wirtschaftsleistung Deutschlands beträgt etwas über 3,3 Billionen Euro.

Ein Zustand, wie er hier beschrieben ist, schreit geradezu nach radikaler Änderung. Aber wie? Nachdem der Staat im Zuge der Pandemie unter anderem solche Aufgaben an sich gerissen hat, die bislang privat bewältigt wurden und jetzt auf eine zunehmende Lenkung der Wirtschaft hinauslaufen, ist guter Rat teuer. Denn entweder der Staat hört damit auf, alles vorzuschreiben, und übergibt wieder mehr Aufgaben an die Privatwirtschaft. Oder er zieht die Staatslenkung durch und schmeißt uns immer weiter mit unverständlichen Formularen zu.

Die zweite Variante ist extrem wahrscheinlich, und zwar allein schon aus dem Grund, dass in diesem Jahr neben der Bundestagswahl auch ein halbes Dutzend Landtagswahlen ansteht. Dann wird man mit Wahlgeschenken, die letztlich zulasten der Geldwertstabilität und der Steuerzahler gehen, nur so um sich werfen. Davon dürfte mehr als nur ein Bodensatz an vermeintlichen "Reformen" übrig bleiben.

Das Ganze enthält noch weitere Komponenten. Beginnen wir mit einem Lob für das architektonisch gelungene EZB-Hochhaus im Frankfurter Ostend, eher unauffällig eingezäunt und neben allerlei Freizeitmöglichkeiten für die Mitarbeiter sogar mit einem Bolzplatz ausgestattet. So weit, so schön. Doch wo sind all die Banker unter Führung von EZB-Chefin Christine Lagarde geblieben? Theoretisch möglich, allerdings nur zum Teil praktisch umsetzbar: im Homeoffice.

Die plausiblere Antwort: mangels wirklicher Aufgaben in einer Dauer-Wartestellung. Warum? Weil die Funktion der EZB als Geldpolitikerin während der vergangenen Jahre de facto nach und nach auf die Euroländer und damit auf deren Fiskalpolitik übergegangen ist.

Eine der Konsequenzen, wahrscheinlich die wichtigste, besteht darin, dass die Euroländer ohne allzu große Rücksicht auf die Währungsstabilität - Stabilitätspakt hin oder her - sich zunehmend verschulden. Die entsprechenden Grafiken zu den Geldmengen, die gen Himmel zeigen, werden ja von den Medien fast schon laufend veröffentlicht. Da mag es so manchen Politiker trösten, dass an der Spitze dieser Zeugen der Schande nicht die Eurozone steht, sondern Japan.

Geht es um Geld, in diesem Fall sogar um sehr viel Geld, darf das Thema Inflation nicht fehlen. Bekanntlich hat sich dazu die ganze Denkweise der zuständigen Gremien während der vergangenen Jahrzehnte total geändert: Galt Inflation unter Regierungen und Zentralbanken noch in den 80er und 90er Jahren als Feind, den es um jeden Preis zu bekämpfen galt, sehnt man sie heute geradezu herbei, bisher jedoch ohne "Erfolg".

Die 2 soll vor dem Inflations-Komma stehen, dieser vom Finanz-Establishment immer wieder verbreitete Unfug gehört längst ignoriert. Wie man gescheiter und vor allem auch konkreter argumentieren kann, zeigt

ein aktuelles, hier in Auszügen wiedergegebenes Papier der Bundesbank, das sich auf Deutschland bezieht:

"Die Inflationserwartungen der Privatpersonen in Deutschland sind zum Ende des vergangenen Jahres gestiegen. Wie aus dem Bundesbank-Online-Panel-Haushalte hervorgeht, erwarteten Privathaushalte im Dezember 2020 für den Durchschnitt der kommenden zwölf Monate eine Inflationsrate von 3,1 Prozent. Dies stellt den höchsten im Jahr 2020 gemessenen Wert dar, nachdem die Inflationserwartungen von Juni bis November von 2,8 Prozent auf 2,5 Prozent gesunken waren. Ursächlich für den Anstieg der Erwartungen könnte unter anderem das Auslaufen der Mehrwertsteuersenkung zum Jahresbeginn 2021 sowie die Einführung der CO2-Bepreisung für Kraftstoffe, Heizöl und Gas sein."

Was an dieser Bundesbank-Analyse besonders überzeugt, ist die Betonung auf Inflationserwartungen statt -raten. Demgegenüber sagen die in den vergangenen Monaten veröffentlichten, für das ganze Jahr berechneten durchschnittlichen Minus-Inflationsraten so gut wie nichts aus - allein schon deshalb, weil Daten aus der Vergangenheit, zumal als Durchschnittsgröße, bestenfalls im langjährigen Vergleich etwas aussagen können.

Fazit: Die Entwertung des Geldes setzt sich fort. Die Corona-Pandemie verleiht ihr einen zusätzlichen Schub. Staatliche Eingriffe sind an der Tagesordnung. Sie werden uns von Politikern als notwendig verkauft, allerdings ohne überzeugende Begründung. Das alles ist Neuland, sodass weiter mit Überraschungen jeder Art zu rechnen ist. Und weil die Geldpolitik sich zu einem erheblichen Teil bereits in der Fiskalpolitik aufgelöst hat, ist von daher mit immer höheren Staatsschulden zu rechnen. Die nächste Generation wird mit alldem schwer belastet. Es gilt, zusätzlich zu der Inflationsrate die weitere Entwicklung des Dollars und der Edelmetallpreise als zuverlässige Sensoren laufend zu verfolgen.

© Manfred Gburek
www.gburek.eu

Manfred Gburek ist neben seiner Funktion als Kolumnist privater Investor und Buchautor.

Neu bei www.gburek.eu: Schwarzer Gold- und Silber-Freitag

Dieser Artikel stammt von GoldSeiten.de

Die URL für diesen Artikel lautet:

<https://www.goldseiten.de/artikel/479092--Staat-kontra-Buerger.html>

Für den Inhalt des Beitrages ist allein der Autor verantwortlich bzw. die aufgeführte Quelle. Bild- oder Filmrechte liegen beim Autor/Quelle bzw. bei der vom ihm benannten Quelle. Bei Übersetzungen können Fehler nicht ausgeschlossen werden. Der vertretene Standpunkt eines Autors spiegelt generell nicht die Meinung des Webseiten-Betreibers wieder. Mittels der Veröffentlichung will dieser lediglich ein pluralistisches Meinungsbild darstellen. Direkte oder indirekte Aussagen in einem Beitrag stellen keinerlei Aufforderung zum Kauf-/Verkauf von Wertpapieren dar. Wir wehren uns gegen jede Form von Hass, Diskriminierung und Verletzung der Menschenwürde. Beachten Sie bitte auch unsere [AGB/Disclaimer!](#)

Die Reproduktion, Modifikation oder Verwendung der Inhalte ganz oder teilweise ohne schriftliche Genehmigung ist untersagt!
Alle Angaben ohne Gewähr! Copyright © by GoldSeiten.de 1999-2025. Es gelten unsere [AGB](#) und [Datenschutzrichtlinen](#).